

Pressemitteilung



vom 25. Februar 2007

Fraktion im Kreistag Neuss

Grüne: Stump folgen, RWE-Aktien verkaufen

„Den Weg, den Werner Stump (CDU) als Landrat für den Rhein-Erft-Kreis mit dem Verkauf der RWE-Aktien einschlägt, ist richtig“, sagt der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Kreistag, Erhard Demmer, und kündigt an, dass seine Fraktion „in den kommenden Haushaltsberatungen zum vierten Mal den Antrag stellen wird, die RWE-Aktien zu veräußern.“

Entgegen gesetzt sei, so betont Demmer, die Argumentation des Landrats des Rhein-Kreises Neuss, die von der CDU-Kreistagsfraktion und von der UWG getragen werde.

Patt hebe stets hervor, dass RWE für den Kreis Neuss große Bedeutung habe und man über den Aktienbesitz auf den Konzern Einfluss nehmen könne.

„Diese Argumentation ist schlichtweg lächerlich, hat der Rhein-Kreis doch nur einen Anteil von 0,02866 % (= 0,2866 Promille) am gesamten Aktienvolumen von RWE“, stellt der Kreistagsabgeordnete heraus und fährt fort: „Für die GRÜNEN ist der Anteilsbesitz an den für den Kreis bedeutenden Großkonzernen keine originäre Kreis Aufgabe – oder sollten wir uns auch noch bei Bayer, 3 M, Nestle oder Norsk Hydro einkaufen?“

Zudem wird die Energieversorgung auch ohne den Besitz von RWE-Aktien sichergestellt sein, da die Energiekonzerne schlichtweg Geld verdienen wollen.“

Merkwürdig findet Demmer auch das Argument Patts, der kommunale Einfluss auf RWE müsse weiter gesichert werden. „Eine solche Auffassung ist aus marktwirtschaftlicher, ordnungspolitischer Perspektive sehr kritisch zu sehen. Zwar muss der Staat für eine gesicherte Energieversorgung sorgen und deshalb Rahmenbedingungen für die Unternehmen setzen, er hat sich aber nicht an den Energiekonzernen zu beteiligen. Eine solch falsche Auffassung erinnert sehr an den Geist des Energiewirtschaftsgesetzes von 1936 und an den Korporatismus vergangener Tage.“

Besser sei es, so der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, „die sich unmittelbar bzw. mittelbar im Besitz des Rhein-Kreises Neuss befindlichen RWE-Aktien zu verkaufen und mit dem Mehrerlös die weitere Entschuldung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, zum Wohle der Alten, Älteren und besonders der Jungen, Stichwort „Nachhaltige Finanzpolitik“, voranzutreiben.“

Ob der Finanzausschuss dem Antrag der GRÜNEN am nächsten Montag folgt, hält Demmer für offen. „Es kommt ganz darauf an, ob sich die besonnenen, marktwirtschaftlich orientierten Kreistagsabgeordneten unter den Christdemokraten durchsetzen.

Dann ist vieles möglich.“